

# LINKS DER ACHSE



## Wir dürfen.

Wir dürfen wählen, und zwar gleich zweimal hintereinander:

- **am 15. September 2013 den Bayerischen Landtag,**
- **am 22. September 2013 den Bundestag.**

Warum sage ich dürfen? Weil es erst in unserer Zeit und in unserer Bundesrepublik selbstverständlich ist, wählen zu dürfen. In der DDR zum Beispiel war Wählen Pflicht. Auch wenn es eigentlich keine wirkliche Auswahl gab. Und in der Nazizeit waren alle Parteien außer einer abgeschafft und man sollte, konnte aber eigentlich nicht wählen.

## Wir dürfen also.

Leider sinkt von Jahr zu Jahr die Wahlbeteiligung. Während in den 50ziger Jahren bis ca. 1980 hin bei der Bundestagswahl noch Wahlbeteiligungen um die neunzig Prozent herum die Regel waren, haben sich 2009 mal gerade etwas über zwei Drittel der Wahlberechtigten in die Wahllokale bewegt. Noch geringer ist der Zuspruch der Wähler bei den bayerischen Landtagswahlen, 2008 waren es noch ganze 58 Prozent, die teilgenommen haben. Wir haben offensichtlich vergessen, dass wir mit dem Wahlrecht die nicht ganz selbstverständliche Möglichkeit haben, die zukünftige Politik, die Entwicklung unseres Landes zu bestimmen.

Vielleicht liegt's, speziell bei uns in Bayern, aber auch daran, dass hier seit über 40 Jahren immer die Gleichen an der Regierung sind und der gefrustete (Nicht)Wähler sich sagt: „Ich kann ja eh nichts ändern“.

## In dieser Ausgabe

Wahlbeteiligung.....	1
Bärbel Kofler, Bundestagskandidatin.....	2
Dirk Reichenau, Landtagskandidat.....	4
Hans-Michael Weisky, Bezirkstagskandidat.....	5
Energiewende bei uns.....	5
Den Bürger beteiligen.....	6
Tourismusverband.....	6
Impressum.....	7
Maria Noichl, Landtagskandidatin.....	7
Rätsel.....	8

Falsch. Nur wenn ich wählen gehe, habe ich noch Einfluss auf das Geschehen. Nur dann, kann ich etwas von den den Politikern verlangen, nur dann gibt es eine Verpflichtung mir gegenüber.

## Wir sollten also.

Wählen. Noch besser: Mitmachen. Farbe bekennen. Es regelt sich nicht alles von selbst. Für vernünftige Lebensbedingungen müssen wir auch in guten Zeiten etwas tun - sonst gehen sie unweigerlich verloren.

**Deshalb bitten wir Sie: Gehen Sie an beiden Tagen, am 15. und 22. September, zur Wahl.**



**EIN BESSERES LAND KOMMT NICHT VON ALLEIN.**

# Liebe Bürgerinnen und Bürger aus Grassau, Rottau und Mietenkam,

am 22.09.2013 stelle ich mich zur Wahl als Bundestagskandidatin im Wahlkreis Traunstein. Als gebürtige Freilassingerin vertrete ich seit 2004 Sie und die Region im Deutschen Bundestag. Aktuell bin ich im Umweltausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung tätig, dort bin ich die stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. In vielen Bürgergesprächen, bei Besuchen von Sozialeinrichtungen, Schulen oder Firmen halte ich den Kontakt mit Ihnen in meinem Wahlkreis, denn der direkte Austausch liegt mir ganz besonders am Herzen. Über meine genauere Arbeit in der zu Ende gehenden Wahlperiode können Sie sich mit Hilfe einer CD informieren, die Ihnen mein Wahlkreisbüro auf Anfrage gerne zusendet.

Wir Sozialdemokraten stehen für eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt jedes Handelns rückt. Das WIR entscheidet. Ich möchte Sie daher bitten, mir und der SPD mit Ihren Stimmen bei der Bundestagswahl am 22. September Ihr Vertrauen zu schenken.

## *Ihre Bärbel Kofler*

Wir haben in unserem Regierungsprogramm klar formuliert, wie wir Deutschland voranbringen werden. Machen Sie sich einen Überblick über eine Auswahl wichtiger Standpunkte und Ziele:

### ■ **Der Wert der Arbeit**

Wir sind die Partei der Arbeit, seit 150 Jahren. Auf diese Erfahrung können Sie bauen. Im Mittelpunkt stehen die Interessen der Menschen, die hart arbeiten, um sich und ihre Familie zu ernähren. Das hat Wert – und einen Preis. Darum will die SPD flächendeckend einen gesetzlichen Mindestlohn einführen: mindestens 8,50 Euro, garantiert. Die Lebenshaltungskosten unseres Landes lassen weniger auch gar nicht zu. Berufstätige Frauen und Männer müssen ihre Familie ernähren, ihre Miete bezahlen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Wer fleißig ist, darf nicht gezwungen werden, beim Staat zusätzlich etwas abholen zu müssen. "Gute Arbeit" heißt für die SPD auch, dass sozialversicherungspflichtige, unbefristete Beschäftigung die Regel sein muss. Das bedeutet: Leiharbeit muss das werden, wofür sie mal eingeführt wurde. Als Ausgleich für kurzfristige Auftragsspitzen in Unternehmen – nicht als billiger Ersatz für Normalarbeitsverhältnisse. Wir werden durchsetzen, dass Leiharbeiter den gleichen Lohn bekommen wie ihre festangestellten Kolleginnen und Kollegen. Leiharbeitseinsätze sind zügig zu beenden. Dem neuen Trend



des Missbrauchs von Werkverträgen werden wir entgegengetreten. Wir wollen diesen verbreiteten Missbrauch stoppen und empfindlicher sanktionieren. Wir wollen ferner schärfere Regeln für die Befristung von Arbeitsverträgen. Arbeitgeber sollen Mitarbeiter nicht mehr wie bisher bis zu zwei Jahre ohne Angabe von Gründen befristet beschäftigen können.

### ■ **Moderne Familie**

Familien in Deutschland sind vielfältig und jeder hat das Recht, sein Familienleben so zu gestalten wie er oder sie es möchte. Mütter, Väter, manche verheiratet, andere nicht, Alleinerziehende, sie alle tragen besondere Verantwortung. Sie nehmen sich Zeit und brauchen auch die Zeit um Kinder liebevoll zu erziehen. Das verdient bessere Unterstützung, als Eltern bisher erfahren. Keine Frau und kein Mann sollen künftig mehr vor die Entscheidung gestellt werden: entweder Beruf oder Kind. Wir brauchen hier bessere Vereinbarkeit. Die SPD plant darum, die Ganztagsbetreuung in Kitas und an Schulen so auszubauen, dass alle, die es wünschen, ein gutes Angebot bekommen. Und sie will Möglichkeiten schaffen für Eltern, ihre Arbeitszeit gleichzeitig reduzieren zu können, um sich die Kinderbetreuung partnerschaftlich zu teilen. Wer später wieder auf eine volle Stelle zurück möchte, soll darauf einen Rechtsanspruch haben. Und die SPD will ein neues Kindergeld einführen. Familien mit bis zu rund 3.000 Euro monatlichem Bruttoeinkommen sollen mehr Kindergeld bekommen – bis zu 140 Euro pro Kind und Monat. Für die meisten, die ein Einkommen über dieser Grenze haben wird sich nichts ändern. Aber Spitzenverdiener sollen nicht mehr vom Staat bekommen, als Familien mit wenig Geld. Zusammengefasst gilt also:

Wir wollen den Ausbau von Betreuung in Kitas und Schulen und finanzielle Unterstützung für Familien dort wo es nötig ist, aber kein Betreuungsgeld, das der Wahlfreiheit der Familien entgeht.

### ■ Eine Rente zum Leben

Leistung muss sich lohnen. Für die SPD heißt das auch: Zu harter Arbeit gehört eine gute Rente. Als einzige Partei haben wir ein schlüssiges Rentenkonzept, das Antworten gibt auf drohende Altersarmut. Wer lange gearbeitet hat, wird nicht mehr zum Sozialamt gehen müssen, um die Rente aufzustocken: bei 40 Versicherungsjahren und 30 Beitragsjahren wird es mindestens die Solidarrente von 850 Euro geben. Und wer nicht mehr arbeiten kann, muss ohne Abschläge die Erwerbsminderungsrente bekommen. Keine Abzüge sollen auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, wenn sie früh in den Job eingestiegen sind und mit 63 in den Ruhestand gehen wollen: bei 45 Versicherungsjahren gibt es nach unseren Vorstellungen die volle Rente. Die betriebliche Altersvorsorge wird die SPD weiter stärken und für ein einheitliches Rentensystem in Ost- und Westdeutschland sorgen. Über 20 Jahre nach der deutschen Einheit ist das längst überfällig.

### ■ Energiewende sozial gerecht gestalten

Die Energiewende ist die größte industrie- und sozialpolitische Herausforderung der letzten Jahrzehnte - und derzeit eine der größten Baustellen Deutschlands. Das was die derzeitige Bundesregierung bisher vorgelegt hat, bringt uns nicht voran. Die Stromkosten sind massiv gestiegen – Hauptgrund dafür ist nicht der Ausbau der Erneuerbaren Energien, sondern das Missmanagement der Bundesregierung. Mich besorgt, dass vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen durch die Preissteigerungen, nicht nur beim Strom, sondern auch im Wärmebereich, spürbar belastet werden. Das trifft insbesondere Familien, Alleinerziehende sowie Rentnerinnen und Rentner. Ziel der SPD ist es daher, dafür zu sorgen, dass Energie für Verbraucherinnen und Verbraucher bezahlbar bleibt. Dies gilt auch für Industrie, Mittelstand und Handwerk: Denn wir wollen, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland erhalten bleiben.

### ■ Gesundheit und Pflege

Gerade auch für die gesundheitliche Versorgung im Alter wollen wir Verbesserungen einführen. Leider ist es oftmals so, dass Kassenpatienten das Nachsehen haben. Auch Privatpatienten leiden – besonders

mit zunehmendem Alter – unter drastisch steigenden Prämien. Als ersten Schritt führen wir wieder gleiche Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Krankenkasse ein. Leider hat Schwarz-Gelb die Arbeitgeberbeiträge eingefroren, so dass Erhöhungen der Beiträge nur von den Arbeitnehmern bezahlt werden. Die SPD will die von massiven Lobbyinteressen getriebene Logik durchbrechen und das Gesundheitssystem auf solide Füße stellen. Dasselbe gilt für die Pflege. Die Pflege muss so finanziert werden, dass die Würde der zu pflegenden Menschen und die Bedürfnisse der Angehörigen im Mittelpunkt stehen. Im Ergebnis werden sich alle Versicherte auf eine gute Versorgung verlassen können, die keinen Unterschied macht zwischen Arm und Reich. Dafür wird die SPD die Bürgerversicherung einführen. Nicht nur die abhängig Beschäftigten und Arbeitgeber, sondern alle sollen einen ihrem Einkommen angemessenen Anteil einzahlen. Wer also wenig verdient, soll auch wenig zahlen. Und wer viel verdient, soll entsprechend mehr zahlen. Zusatzbeiträge sollen der Vergangenheit angehören. Niemand soll mehr von einer Krankenkasse abgelehnt werden dürfen. Das ist sozial gerecht und solidarisch. Nur so werden wir es schaffen, dass alle am medizinischen Fortschritt teil nehmen können. Auch bislang Privatversicherte werden nach unseren Plänen die Chance haben, in das solidarische System zu wechseln.

Wenn Sie mehr über unsere Positionen wissen wollen, sei es zum Thema Energie oder wie wir die Finanzmärkte zähmen wollen, besuchen Sie uns doch im Internet unter

■ [www.baerbel-kofler.de](http://www.baerbel-kofler.de) oder [www.spd.de](http://www.spd.de).



Dr. Bärbel Kofler bei der Wanderung auf die Staffenalpe

# Politik ist machbar

**Dirk Reichenau** ist seit 2003 Vorsitzender der Sozialdemokraten im Landkreis Traunstein, Kommunalen Verwaltungsbeamter und Personalratsvorsitzender bei der Stadt Laufen an der Salzach, lebt mit seiner Ehefrau und den schulpflichtigen Kindern in Tittmoning, ist dort Stadtrat und Altstadtreferent und vertritt seine Partei seit 2008 im Traunsteiner Kreistag (Haushalt, Umwelt, Rechnungsprüfung, EuRegio).

Daneben ist ihm das Wirken als Verbandsrat der Achen-Gruppe (Wasserversorger) und der Mittelschule Salzachtal für die Kommunen Kirchanschöring, Fridolfing und Tittmoning, als Vorstandsmitglied im Landschaftspflegeverband Traunstein und die Mitgliedschaft in vielen Vereinen seiner Heimatstadt Tittmoning sehr wichtig.

## ■ Politik ohne Programm geht gar nicht

Ein Auseinanderdriften von Arm und Reich, steigende Staatsverschuldung sowie fehlende Chancengleichheit in allen Lebensbereichen schadet dem Gemeinwohl nachhaltig. Die Konservativen haben keine Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart, sondern übernehmen unsere Ideen wie etwa den gesetzlichen Mindestlohn, die Energiewende oder verkünden den sanften Donauausbau, obwohl sie uns jahrzehntelang diesbezüglich beschimpften. Eben kein Programm.

## ■ Und was ist nach dem 15. September 2013?

Wir Sozialdemokraten werden das Land wieder ins Gleichgewicht bringen. Auch nach der Wahl. Wir machen aus unseren Ideen Regierungsprogramm.

## ■ Kommunale Verantwortung

Privatisierung und Liberalisierung dienen einigen Wenigen dazu, ans schnelle Geld zu kommen. Fürs Gemeinwohl sind sie eine Sackgasse. Wasserversorgung, Gesundheitswesen, ÖPNV, Wohnungsbau oder Energieversorgung sollen zum Wohle der gesamten Bevölkerung in öffentlicher Hand bleiben.

## ■ Gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns

Landesentwicklung funktioniert nur mit einem gerechten kommunalen Finanzausgleich und einem Landesentwicklungsprogramm, welches diesen Namen verdient. Derzeit saniert sich der bayerische Staat auf Kosten der Städte und Gemeinden bei gleichzeitiger eigener wirtschaftspolitischer Unfähigkeit. Mangelnder Breitbandausbau auf dem Land, Landesbankdesaster, Bayerwerke privatisiert, Energiewende blockiert: Dies sind die Ergebnisse einer verfehlten CSU-Politik.

## ■ Menschenwürdige Integrationspolitik

Die Situation der Flüchtlinge in Bayern ist beschämend. Massenunterkünfte, Arbeitsverbote und Verpflegungszuteilungen haben mit Menschenwürde nichts gemein. Gut 80% aller Flüchtlinge hier bleiben aber auf Dauer hier. Sowohl unsere Wirtschaft als auch unsere Kultur gewinnt dabei.

## ■ Förderung der Kinder statt Elterngeld

Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedarf einer besseren Infrastruktur von Kinderbetreuungseinrichtungen.

## ■ Bessere Schulpolitik in Bayern

Zu viele Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss, kontinuierlich private Nachhilfe, ein Gymnasium wie ein Durchlauferhitzer, Schulsterben auf dem Land. Dieser Murks muss aufhören. Unsere Kinder sollen mehr lernen und weniger Bus fahren. Mehr kommunale Verantwortung bei der Gestaltung der Schullandschaft, mehr gemeinsames Lernen, mehr Lehrer.

## ■ Die CSU und Horst Seehofer

bewegen sich inhaltlich wie Fähnchen im Wind. Den gesetzlichen Mindestlohn, den Schutz bezahlbarer Mietwohnungen oder den naturnahen Donauausbau wird es nur mit einer SPD-geführten Staatsregierung geben.

## ■ Oberbürgermeister Christian Ude

regiert seit 19 Jahren erfolgreich die Landeshauptstadt München. Sozial gerecht. Wirtschaftlich erfolgreich. Kulturell offen. Zeit für den Umzug in die Staatskanzlei!

## ■ Gehen Sie bitte am 15. und 23. September 2013 zur Wahl.



## Für den Bezirkstag

**Hans-Michael Weisky**, Jahrgang 1958, verheiratet mit Annette Weisky (Hebamme), 2 erwachsene Söhne und zwei heranwachsende Töchter. Stellvertretender Technischer Leiter eines mittelständischen Ingenieurbüros in Burghausen, tätig als Projektleiter im Anlagenbau der Chemie- und Halbleiterindustrie.

Ich bin seit 1975 im Bayerischen Roten Kreuz aktiv und konnte mich auf allen Ebenen von der Ortsebene (begonnen habe ich in Tacherting) bis zur Bundesebene (hier als Stellv. Jugendrotkreuz-Bundesleiter bis 2002) engagieren und viele Erfahrungen sammeln. Der soziale Bereich, die Arbeit und der Umgang mit Menschen ist ein Teil meines Lebens und ich möchte auch zukünftig gerne für Menschen, die Hilfe benötigen, Ansprechpartner und Unterstützer sein.

Für die Menschen in meinem Wahlkreis liegen mir vier Themen besonders am Herzen:

### ■ **Schnelle und unbürokratische Hilfe in Notfällen**

Hilfsbedürftige Menschen, ob in der Pflege, bei Erkrankungen oder sonstigen Ereignissen muss ein Leben in Würde, mit guter Pflege und Betreuung sowie Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Dazu ist es notwendig, wenn Menschen in besondere Notlagen geraten, schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten.

### ■ **Reform der Bezirke**

Um Synergieeffekte zu erreichen und Steuermittel zu sparen, ist eine umfassende Reform unserer mittleren Verwaltungsebene unumgänglich. Einhergehen muss die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und die Schaffung demokratischer, parlamentarischer Kontrollen auch auf Bezirksebene.

### ■ **Wasserschutz ist Umweltschutz**

Wie wichtig Wasserschutz ist, zeigen nicht zuletzt die Folgen des letzten Hochwassers. Der Bezirk ist für die sogenannten Gewässer 2. Ordnung (kleine Flüsse und große Bäche) zuständig. Hier zeichnet der Bezirk verantwortlich für den Hochwasserschutz und die Pflege der Gewässer. Hochwassersicherung zur Minimierung der Hochwassergefährdung in unserer Region gehören genauso dazu wie die Wiederherstellung des ökologischen Potenzials unserer Gewässer.

### ■ **Kunst und Kultur für alle**

Kunst und Kultur ist möglichst für viele Menschen erfahrbar zu machen. Sie darf nicht bestimmte Gruppen ausgrenzen, sie muss Zugang schaffen zur Kunst der Ver-



gangenheit und Gegenwart. Sie muss zunehmend geprägt sein von sozialer und kultureller Vielfalt. Kulturpolitik ist nicht nur eine Pflichtaufgabe des Bezirks, sie ist die dritte Säule und muss zukünftig entsprechend auf mit finanziellen Mitteln unterbaut werden.

## Autark im Achantal

### Energiewende ohne Rückenwind aus Berlin und München

Schon weit vor Fukushima und dem Ausstieg aus der Atomenergie durch die jetzige Bundesregierung, aber nach dem Ausstiegsbeschluss der Regierung Schröder machte sich das Achantal auf den Weg in die Unabhängigkeit von auswärtigen Energielieferungen, auf den Weg in die Energieautarkie. Vieles ist in dieser Zeit geschehen. Die Nutzung der Sonnenenergie sowohl zur Warmwasserbereitung als auch zur Stromerzeugung kann man auf einer Vielzahl von Hausdächern bewundern. So hat die Marktgemeinde Grassau auf allen geeigneten eigenen Gebäuden derartige Anlagen installiert, auch das Klärwerk im Erlach machte dabei mit. Die Fernwärme mit der Nutzung der Holzbestände aus dem Achantal ist schon in der ersten Stufe in Grassau ausgebaut, in Reit im Winkl schon bei fast 90% Hausanschlüssen. Gefolgt sind schon Grabenstätt und auch in Unterwössen laufen Planungen. So ist man bei der Nutzung der Energie für die Wärme auf einem guten Weg, wobei Grassau schon mehr als 40 % der Wärme-

nergie aus den eigenen Ressourcen gewinnt. Bei der Energiebilanz-Strom ist das Ergebnis mit 20% deutlich schlechter, weil Grassau zwar vorbildlich bei der Nutzung der Solarenergie ist, aber kaum Möglichkeiten zur Energiegewinnung aus Wasserkraftwerken und auch keine Windkraftanlagen hat.

Wer nun gemeint hatte, dass der Ausstiegsbeschluss aus der Atomkraft in Berlin zu einem Schub von Aktivitäten zur Erschließung neuer Energiequellen führen könnte muss sich getäuscht fühlen. Weder aus Berlin noch aus München von der Staatsregierung kommen Ideen oder Aktivitäten. Nur manchmal einige wenig hoffnungsvolle Worte zur steigenden finanziellen Belastung natürlich der Bürger, aber keine Lösungsvorschläge oder Ansätze einer neuen Energiepolitik.

Deshalb sind nun die Kommunen selbst gefordert, aktiv zu werden und neue Wege zu erschließen. Neben der gesteigerten Energieberatung mit dem Ziel der Energieeinsparung ließ das Ökomodell auch die Nutzung der Tiroler Ache zur Stromgewinnung prüfen.

Die Vorgaben für eine mögliche Verwirklichung waren vollkommen klar.

- Es darf zu keiner Gefährdung der Bevölkerung, auch nicht bei Hochwasser durch die Kraftwerke kommen.
- Die landwirtschaftlichen Flächen müssen vor Beeinträchtigung geschützt werden.
- Der Eingriff in die Natur sollte sehr schonend sein, so dass es weder zu einer Beeinträchtigung des Naturraumes noch des Erholungsraumes Tiroler Ache kommen darf.
- Die Energieerzeugung wird in der Hand der Gemeinden des Ökomodells bleiben.

Nach Vorliegen der Machbarkeitsstudie stellte man diese auch gleich zur Diskussion mit den Gemeinderäten und auch den Bürgern der betroffenen Gemeinden. Denn allen Beteiligten ist klar, dass eine sinnvolle Lösung zur Erlangung der Energieautarkie nur zusammen und in voller Offenheit mit den Bewohnern des Tales erreichbar ist. Wenn wir aus der Atomenergie aussteigen wollen, dann müssen wir bei uns selbst anfangen, denn es hat sich leider gezeigt, dass es wenig Sinn macht, auf die derzeitigen Bundes- oder Staatsregierungen zu warten.

## Den Bürger beteiligen

**ein Erfolgsmodell auch für den Bund und Europa**

Die Befragungen der Bürger in Rottau und Mietenkam zeigten das große Interesse der Bürger, sich selbst an der

Gestaltung ihrer Gemeinde zu beteiligen. So nahmen in Rottau 308 Bürger an der Befragung zur Ausweisung eines neuen Baugebietes teil und in Mietenkam gaben 260 Mitbürger ihre ausgefüllten Fragebögen zur Gestaltung des Ortszentrums ab. Da die einzelnen Mitbürger unterschiedlich stark von den Entscheidungen betroffen sind, ist ein derartiges Ergebnis auch ein deutlicher Wunsch der Bürger, stärker an den Entscheidungen in ihrer Gemeinde beteiligt zu werden. Dies ist aber natürlich nicht in allen Bereichen möglich, wie Mietenkam zeigte, denn wenn es um Grundstücksgeschäfte und Verhandlungen mit den Eigentümern geht, kann die Gemeinde nicht schon im Vorfeld die Bürger beteiligen.



Die Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene zeigt genauso wie die Bürgerbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren und dem Nichtrauchererschutz, dass die Bürger direkter an den politischen Entscheidungen beteiligt und nicht nur am Wahltag befragt werden wollen. Die Einführung von Bürgerbegehren und Volksentscheiden auf gesamtdeutscher und europäischer Ebene sind erforderlich, um auch den Politikfrust in unserer Gesellschaft abzubauen.

## Chiemsee-Alpenland – Chiemgau-Verband

**Seit Jahren warten wir auf eine vernünftige gemeinsame Lösung im Tourismus**

Über Jahre hatte sich die Zusammenarbeit der Gemeinden um den Chiemsee auf dem Gebiet des Tourismus bewährt. Dies kann man am Radwanderweg um den See und auch an der Ringbuslinie erkennen. Auf vielen Ausstellungen und in Anzeigen in vielen überregionalen Zeitungen konnte sich das Gebiet erfolgreich präsentieren.

Die Zusammenfassung der 46 Gemeinden des Landkrei-

ses Rosenheim und der kreisfreien Stadt Rosenheim im Chiemsee-Alpenland-Verband zum 1. Januar 2010 machte dem Ganzen ein Ende.

Seither verläuft wieder eine touristische Grenze durch den See und den Chiemgau. Der Chiemsee ist aber für die Gäste weiterhin ein Ganzes und auch der Chiemgau wird ungeteilt gesehen. Deshalb bleibt diese Trennung für sie auch unverständlich und behindert den Aufenthalt in unserer Region.

Den Forderungen nach einem Zusammenschluss des Chiemgau-Tourismusverbandes mit diesem neu gebildeten Verband wurden immer drängender. Geschehen ist leider nur wenig, eigentlich wurden nur große Ankündigungen gemacht. Mehr als 3 Jahre sind nun vergangen, ohne dass die politisch Verantwortlichen in den Landkreisen, im Bezirk und auch im Freistaat, alles Vertreter der gleichen Partei, wirklich im Sinne des Chiemgauer Tourismus aktiv wurden. Zum Nachteil aller im Tourismus Tätiger, den Vermietern, der Gastronomie, den Ho-

**Impressum**

**Mitarbeiter an dieser Ausgabe:**

Olaf Gruß  
Dieter Hahn

**V.i.S.d.P.**

Dr. Dieter Hahn  
Ringstrasse 44  
83224 Grassau

teliers und all ihrer Beschäftigten. Der Erfolg aller im Tourismus engagierten Bürger kann doch nicht letztendlich allein davon abhängen, wie gut oder wie in diesem Fall wie schlecht sich die Landräte der beiden beteiligten Landkreise verstehen.

So kann man nicht im immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb des Tourismus auf Dauer bestehen. Es müssen umgehend Taten folgen mit einem Zusammenschluss beider Tourismusverbände zu einem gemeinsamen starken Verband.

# Die zweite Stimme

Sie haben, wie immer, bei der Landtagswahl, zwei Stimmen. Eine für den direkt im Stimmkreis zu wählenden Kandidaten und eine, für die jeweiligen Listen.

Unser Direktkandidat für den Stimmkreis 129, Traunstein, ist Dirk Reichenau. Wir haben ihn auf Seite 4 vorgestellt.

Für Ihre zweite Stimme, möchten wir Ihnen die derzeitige Landtagsabgeordnete

■ **Maria Noichl**

aus dem Landkreis Rosenheim empfehlen.

Maria Noichl ist seit elf Jahren Mitglied des Rosenheimer Stadtrats und seit 2008 bayerische Landtagsabgeordnete. Sie ist Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Vorsitzende des Arbeitskreises Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der SPD-Landtagsfraktion.

Maria Noichl ist 46 Jahre alt, Hauswirtschaftsmeisterin und Fachlehrerin, Mutter und Oma, mit dem Willen, Bayern enkeltauglich zu erhalten.

Ihre Zweitstimme für den Landtag:

■ **Maria Noichl**

**Liste 2, Platz 6**



# Rätsel

Frage 1: Welches Gerät ist auf dem Bild (um 1930) im Vordergrund abgebildet?

Frage 2: Wo genau ist das Bild aufgenommen worden?



Zu 1) Im Vordergrund des Bildes ist eine . . . . . zu sehen

ZU 2) Das Bild ist. . . . . aufgenommen worden

## Des Rätsels Lösung:

Wenn Sie die Lösungen zum Rätsels gefunden haben, dann schicken Sie diese Bitte ausgefüllt mit Ihren Absenderangaben an uns.

Sie möchten nicht nur zuschauen, sondern mitmachen bei der SPD ? Dann wenden Sie sich an Dr. Dieter Hahn Tel. 4602 oder an ein SPD-Mitglied, das Sie persönlich kennen, oder schriftlich an den SPD-Ortsverein Grassau:

- Ich interessiere mich für die kommunalpolitische Arbeit der SPD Grassau.
- Ich möchte das kommunalpolitische Programm der SPD Grassau zugeschickt bekommen.
- Ich möchte Mitglied der SPD werden.

**Absender:**

.....  
Vorname, Name Telefon .....

.....  
Straße Ort .....

**An**

SPD - Ortsverein Grassau  
z. H. Dr. Dieter Hahn  
Ringstraße 44  
83224 Grassau

